AMADEU ANTONIO STIFTUNG

ERMUTIGEN

HANDELN FÜR DEMOKRATIE № 29

Wir sind handlungsfähig!

von Timo Reinfrank

Geht es eigentlich wirklich um die Ukraine oder um etwas anderes? Als ich mir von mehreren der sogenannten Montagsdemonstrationen in Städten wie Gera, Zittau oder Leipzig selbst ein Bild machte, bekam ich den Eindruck, dass es Putin und seiner Kremladministration nicht nur um territoriale Geländegewinne in der Ukraine geht, sondern vor allem um den hybriden Krieg gegen liberale Demokratien und ihre freiheitliche Lebensweise. Überall in Deutschland, vor allem im Osten, aber zunehmend auch im Westen gehen Antidemokrat*innen auf die Straße: Sie nutzen die Angst vor hohen Energiepreisen und Inflation für ihre zynische Friedenspropaganda auf Kosten der Ukraine, für Hetze gegen die gewählte Regierung und die Demokratie. Zehntausende Menschen demonstrieren, nicht nur montags, wünschen Mitgliedern der Bundesregierung den Tod, schüren Hass gegen Geflüchtete, hetzen gegen ein demokratisches Europa und betreiben so erfolgreich das Spiel der russischen Regierung.
Putin hat es mit Fake News, Desinformation und der Unterstützung von rechtsextremen Organisationen und Parteien geschafft, die demokratischen Gesellschaften und Institutionen des Westens zu spalten. Das parlamentarische System wird mittlerweile infrage gestellt, das Vertrauen in die Regierung sinkt. Und mit vielen AfD-Abgeordneten hat der Kreml auch noch einen politischen Arm in den Parlamenten etabliert. Putin hat spätestens mit seiner Rede zur Annexion der vier ukrainischen Regionen auch offiziell den westlichen Demokratien den Kampf erklärt. Seine ideologische Inspirationsquelle, Alexander Dugin, rechtsextremer Vordenker und selbsterklärter Philosoph des Imperialismus, nennt dies in einer Rede „eine fundamentale Kriegserklärung an den zeitgenössischen Westen und die zeitgenössische Welt im Ganzen“.

© Peter van Heesen

Das Agieren der Bundes- und Landesregierungen ist in der gegenwärtigen Situation nicht immer hilfreich. Zudem taugen gerade langfristige demokratische Aushandlungsprozesse wenig zur Werbung für die Demokratie. Und vollkommen zu Recht fragen sich viele Menschen, ob diese Regierung die Lebenssituation der Menschen in Deutschland – und in Anbetracht der Auswirkungen der Klimakrise auch der Menschen weltweit – noch im Blick hat. Aber das Gute an unserem Regierungssystem ist, dass wir nicht darauf warten müssen, dass die Politik uns mit Lösungen beglückt. Wir sind handlungsfähig! Wir können uns in zivilgesellschaftlichen Bündnissen organisieren, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität einfordern, uns engagieren und die Politik so in Zugzwang bringen.
Ich freue mich, dass dies der Amadeu Antonio Stiftung in den letzten Jahren so vielseitig gelungen ist – mit unseren Partner*innen und durch Initiativen, die wir mit unserer Projektförderung unterstützen. So konnten wir in vielen Regionen den antidemokratischen Mobilisierungen etwas entgegensetzen und vielerorts die Stimmung drehen. Das passiert auch jetzt gerade, in den Sozialen Netzwerken, in Jugendprojekten und kommunalen Bündnissen: mit Graswurzelarbeit in den Stadtteilen, Widerspruch im digitalen Raum, dem Schutz von Menschen aus der Ukraine oder Syrien und dem enthusiastischen Werben für eine Demokratie, die einem imperialistischen Regime und seinen rechtsextremen Helfer*innen Paroli bietet. Wir freuen uns, wenn Sie uns auch dieses Jahr mit einer Spende für die Förderung einer solchen Zivilgesellschaft unterstützen. Vielen Menschen ist dies gerade nicht möglich, aber wir freuen uns umso mehr, wenn diejenigen, die es können, es tun!

© picture alliance/dpa, Bodo Schackow

Klimarassismus und „Winterwut“ die Stirn bieten

von Axel Salheiser und Christoph Richter (IDZ Jena)

Ob Corona oder Klima, Flucht oder Krieg: In populistischer Manier nutzt die extreme Rechte Krisenthemen, um Unzufriedenheit mit der Politik und den demokratischen Institutionen anzustacheln und Menschen zu wütenden Protesten gegen „das System“ zu mobilisieren. Das sehen wir aktuell vor allem anhand von Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und den stark steigenden Preisen, die vom Gashahn bis zum Quark im Supermarkt reichen.
Mit „dem System“ meinen die rechten Agitator*innen aber nicht die Gesellschaftsordnung, die auf Ungleichheit und Ausbeutung von Mensch und Natur beruht. Sie meinen auch nicht die Produktions- und Lebensweise in der sogenannten westlichen Welt, die mit der Nutzung fossiler Rohstoffe das Klima ins Wanken gebracht hat und mit der wir uns in die Abhängigkeit von menschenfeindlichen Despoten und Aggressoren begeben haben.
Der Feind der extremen Rechten ist die offene, liberale Demokratie, in der Menschenrechte oberste Priorität haben, wo es um kollektive Verantwortung und Solidarität geht – und wo vernunftgeleitete, konsensorientierte Politik auch die Frage nach den eigenen Privilegien stellen muss. In Putin sehen die extremen Rechten einen Verbündeten gegen „westliche Werte“, gegen den Liberalismus, gegen „Gayropa“ und für einen autoritären, rücksichtslosen Nationalismus.

Was „Klimarassismus“ bedeutet

„Klimarassismus“ ist ein Leitprinzip unserer Gesellschaft, das auf globaler Ungleichheit aufbaut. Es zielt darauf ab, Privilegien zu verteidigen. Mutwillig oder aus Ignoranz werden die Kosten für den eigenen Wohlstand exportiert: Nach Afrika, wo sich die Wüsten und Müllhalden mit unserem Abfall ausbreiten. In die Weltmeere, in denen die Pegel und Wassertemperaturen steigen und sich Unmengen von Plastikmüll ansammeln. Oder in die Polarregionen und die Permafrost-Gebiete, wo immer mehr Eis abschmilzt und klimaschädliches CO_2 freigesetzt wird. Stabilisiert wird das System des Klimarassismus durch Ideologien, mit denen der Status quo gerechtfertigt und Veränderung abgewehrt wird.
Eine dieser Ideologien ist der Ethnozentrismus, der das eigene „Volk“, die eigene „Kultur“ und Lebensweise zum Maßstab der Prioritätensetzung erhebt: „Wir und unser Wohlstand zuerst! Das Boot ist voll – neben uns die Sintflut!“ Eine andere wichtige Ideologie ist der Libertarismus, der „Freiheit“ als Wert verabsolutiert. „Libertäres“ Denken kreist um die Interessen des Individuums. Kollektive Verantwortung wird abgelehnt, und Solidaritätsnormen werden als „sozialistische Gängelei“, als Einfallstor für eine Diktatur denunziert. Ethnozentrismus und Libertarismus sind *rechte* Ideologien, denn sie liefern Rechtfertigungen für strukturelle Ungleichheit. Immer geht es um Eigeninteressen und die Abwehr der Zuständigkeit für die Probleme unserer Welt. Die Folgen des selbstproduzierten Klimawandels und die vom Klimarassismus verursachten Konflikte werden immer stärker zum Gegenstand politischer und sozialer Auseinandersetzungen. Dies kann vor allem dann eskalieren, wenn antidemokratische Akteur*innen alles daran setzen, eine Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft in Klimafragen voranzutreiben. Deshalb agitiert die extreme Rechte gegen Klimaschutz-Aktivist*innen und eine progressive Klimapolitik.

Soziale Fragen als Deckmantel

Bei den aktuellen Protesten auf der Straße und im Internet zeigt sich, wie die Themen Energiekrise, Ukrainekrieg, Corona, Klimawandel und Demokratiefeindschaft miteinander verwoben werden. Dabei spielen antisemitische Verschwörungserzählungen eine wichtige Rolle: Die angeblich von geheimen Mächten geplante und gesteuerte „Neue Weltordnung“, der „Great Reset“, die „Umvolkung“ – all das sind Erzählungen, mit denen zum Sturm auf die Demokratie und zum „Widerstand“ gegen demokratisch gewählte Politiker*innen geblasen wird. Unter dem Deckmantel der sozialen Frage wird nun an die Anti-Asyl-Agitation angeschlossen: „Was kümmert uns das Leid in der Ukraine, wenn unsere Arbeitsplätze gefährdet sind, das Benzin und das Gas für die Heizung teurer werden?“
Selbstverständlich muss die Politik soziale Härten abfedern, sie muss die Bedürfnisse und Sorgen vieler Menschen ernst nehmen. Gleichzeitig ist aber die Sorge berechtigt, dass sich in diesem Herbst und Winter mehr Menschen hinter antidemokratischen Strateg*innen und Demagog*innen versammeln werden als jemals zuvor. Die demokratische Zivilgesellschaft muss sich dagegenstellen – Menschenrechte und solidarisches Engagement verteidigen, die Unterstützung von Bedürftigen in Krisenzeiten organisieren und Gerechtigkeitsfragen stellen, ohne populistische Reflexe zu bedienen.
Wir brauchen breite Bündnisse über Milieu- und Parteigrenzen hinweg, die den Antidemokrat*innen gemeinsam die Stirn bieten und den Weg durch die Krisen gestalten. Eine soziale, ökonomische und ökologische Transformation der Gesellschaft wird ohne diese Bündnisse nicht möglich sein. Wir tragen eine globale Verantwortung dafür, dass diese Transformation gelingt.

Buchtipp: Klimarassismus

Dass Rechtsextreme versuchen, Krisen für sich zu nutzen, ist nichts Neues. Doch wie sieht das beim Klimawandel aus? Dieser Frage geht das Buch „Klimarassismus“ nach. Die Autoren zeigen auf, wie Vorstellungen einer weißen Vorherrschaft mit der Ausbeutung der Natur zusammenhängen. Welche rechtsextremen Netzwerke gehen gegen einen nachhaltigen Strukturwandel vor, welche Strategien nutzen sie? Und was hat das Ganze mit unserem Alltag zu tun? Das Buch liefert Antworten auf brennende Fragen unserer Zeit.

Verschwörungschecker

Die Bösen da, die Guten hier, und hinter allem ein finsterer Plan geheimer Mächte? Meist ist die Welt komplexer. Doch Verschwörungserzählungen gibt es wie Sand am Meer. Und mitunter ist es gar nicht so einfach, Wahrheit und Fiktion zu trennen. Hier hilft unser neuer Verschwörungschecker. Wer mit einer mutmaßlichen Verschwörungserzählung in Kontakt gekommen und nicht sicher ist, kann mit dem Tool selbst überprüfen, ob die Ursache für ein Ereignis tatsächlich in einer Verschwörung liegen könnte. Nebenbei erfährt man, wie Verschwörungserzählungen aufgebaut sind und was sie für viele so anziehend macht.
https://verschwoerungschecker.org

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Engagement wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat und mit finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Rassismus trifft Desinformation: Hetze gegen ukrainische Geflüchtete

von *Anton Livshits*

Im Netz und bei demokratiefeindlichen Aufmärschen häufen sich Anfeindungen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine. Dahinter steht eine Flut an Falschmeldungen, die auf Deutsch und Russisch im Umlauf sind.

„Nazis raus" tönt es am 10. Oktober bei einer Leipziger „Montagsdemo". Etwa 2.000 Demonstrierende „spazieren" am frühen Abend durch die Innenstadt. Mit dabei: Banner der rechtsextremen „Freien Sachsen" und eine Wehrmachtsfahne. Doch Bild und Sound passen an diesem Tag nicht zusammen: Denn die „Nazis raus"-Rufe kommen von den Demokratiefeind*innen selbst. Sie gelten einer Gruppe von Ukrainer*innen, die am Rande des Aufmarschs gegen den Schulterschluss der extremen Rechten mit Putin protestieren. Die Mär von der Ukraine als Nazi-Regime, die der Kreml schon lange vor Kriegsbeginn verbreitete – sie hat es längst bis auf deutsche Straßen geschafft.

Fake News über Geflüchtete haben gerade wieder Konjunktur. Vor allem die Entscheidung der Bundesregierung, geflüchtete Ukrainer*innen beschleunigt ins Hartz-IV-System aufzunehmen, liefert reichlich Anlass für Hetze. So warnte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz in einem Interview mit *BILD-TV* Ende September vor einem „ukrainischen Sozialtourismus". Geflüchtete würden zwischen der Ukraine und Deutschland hin und her pendeln, um Hartz-IV-Leistungen abzugreifen. Nur: Ohne Meldeadresse kein Hartz IV. Merz entschuldigte sich für seine Äußerung. Laut dem Rechercheportal *CORRECTIV* zirkulierte dieselbe Falschbehauptung bereits zuvor in den Sozialen Medien. Erwartungsgemäß mischt auch die AfD bei der Stimmungsmache gegen Geflüchtete mit. Dass Ukrainer*innen Anspruch auf Sozialleistungen haben, deutet die Partei als Benachteiligung „deutscher" Rentner*innen und Hartz-IV-Empfänger*innen.

Zweisprachige Desinformation

Schon seit Kriegsbeginn verbreiten prorussische und verschwörungsideologische Telegram-Kanäle Falschmeldungen über ukrainische Geflüchtete. Die Stimmungsmache verwischt dabei oftmals Sprachgrenzen. Davon zeugt eine Reihe russischsprachiger Videos, die mit Beschreibungen auf Deutsch versehen auf Telegram die Runde machen. Dieses Vorgehen ist typisch für viele prorussische Desinformationskanäle. Sie leisten Übersetzungsarbeit und bilden so ein wichtiges Scharnier zwischen der russischen Inlandspropaganda und deutschsprachigen demokratiefeindlichen Milieus.

Die meisten der Videos über Geflüchtete entlarvten Journalist*innen als Fakes. Neben herbeifantasierten Gewalttaten ging es dort vor allem um erfundene Fälle von Vandalismus. In einem Video, das die „Putin-Influencerin" Alina Lipp im Juni auf ihrem reichweitenstarken Telegram-Kanal verbreitete, führt eine auf Russisch fluchende Frau durch eine verwüstete Wohnung. Ukrainer*innen, die sie bei sich aufgenommen habe, hätten Möbel zertrümmert und den Fernseher mit Nutella beschmiert. Wer diese Frau ist und wo in Deutschland sich der Fall zugetragen haben soll, bleibt völlig offen – das lässt auch hier auf eine Fälschung schließen. Dazu passt, dass zwei linientreue russische Nachrichtenportale die Meldung aufgriffen – ohne jegliche weitere Einordnung. Denn derartige Desinformationen zielen selten nur auf das Ausland, auch in Russland werden sie zur Stimmungsmache gegen Ukrainer*innen genutzt. Dort ist Wladimir Solowjow eine Schlüsselfigur der Propaganda. Der Fernsehmoderator ist auch hierzulande bei russischsprachigen Putin-Fans beliebt. In einer seiner Talk-Sendungen spekulierte er bereits darüber, ob Deutschland nicht längst Kriegspartei sei: Geflüchtete würden hier für den Kampf in der Ukraine vorbereitet.

Wer genau hinter Fake-Videos und Desinformationskampagnen steckt, bleibt meist unklar. Doch letztlich ist es gleich, ob bezahlte Kreml-Trolle oder rechtsextreme Hetzer*innen hinter der Stimmungsmache stehen. Denn beide wollen das demokratische Miteinander untergraben und setzen hierfür auf Desinformation. Falschmeldungen sind deshalb eine Gefahr, erst recht, wenn sie rassistisch sind.

Seit Juli 2022 untersucht die Amadeu Antonio Stiftung die Verbreitung prorussischer Propaganda und Desinformation durch Rechtsextreme in Deutschland im Rahmen von Komprex – dem Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention des Bundesprogramms „Demokratie leben!" Dabei analysieren wir Narrative und Falschmeldungen auf Deutsch und Russisch und entwickeln Handlungsempfehlungen für Pädagogik, Politik und Verwaltung.

*Wohin die rassistische Stimmungsmache mit Desinformation und Falschmeldungen im schlimmsten Fall führen kann, zeigt der Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft bei Wismar: In Groß Strömkendorf sollten ukrainische Kriegsflüchtlinge untergebracht werden. Doch die Unterkunft brannte am 19. Oktober völlig aus. Verletzt wurde zum Glück niemand, Bewohner*innen und Mitarbeitende konnten sich in Sicherheit bringen.* *© picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild, Miriam Schönbach*

Antisemitismus stoppen – die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus 2022

Antisemitismus ist weiterhin auf dem Vormarsch. Mit dem Skandal um die documenta fifteen wurde ein neuer Tiefpunkt im Umgang damit erreicht. Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus versuchen zu vermitteln, was auf dem Spiel steht, und Gegenstrategien aufzuzeigen. Drei Fragen an Projektleiter Nikolas Lelle.

Wie steht es um Antisemitismus in Deutschland im Jahr 2022?

Nikolas Lelle: Antisemitische Verschwörungserzählungen erreichen ein Millionenpublikum. Jetzt geht es nicht mehr nur um Corona, sondern auch um den Ukraine-Krieg und die Energiekrise. Antisemitismus sucht sich immer neue Anlässe. Zudem greift der israelbezogene Antisemitismus weiter um sich. Die documenta hat einmal mehr gezeigt, dass gerade diese Erscheinungsform nicht ernst genug genommen wird. Das ist fatal. Deutschland hat keinen guten Umgang mit Antisemitismus. Schärfer formuliert: 2022 wurde Antisemitismus in Deutschland eine Bühne bereitet.

Was kann man dagegen tun?

Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sind der größte gesellschaftliche Zusammenschluss gegen Antisemitismus in Deutschland. Auch dieses Jahr haben wir rund um den 9. Oktober und den 9. November bundesweit über 100 Veranstaltungen organisiert, zusammen mit mehr als 50 Kooperationspartnern: Theater, Workshops, Podiumsdiskussionen, Stadtrundgänge und vieles mehr. Die Jahrestage des Halle-Anschlags und der Novemberpogrome zeigen die tödliche Dimension des Antisemitismus, damals wie heute. In vielen Städten haben wir mit unseren Plakaten und unserem Kino-Trailer dazu aufgerufen, Antisemitismus zu stoppen.

Was muss passieren?

Um Antisemitismus stoppen zu können, muss man ihn erst einmal erkennen und verstehen, wie er funktioniert. Deshalb vernetzen wir nicht nur, sondern vermitteln auch. Dieses Jahr haben wir Bildungsmaterial zu israelbezogenem Antisemitismus und die Handreichung „Antisemitismus einfach erklärt" veröffentlicht. Zweimal im Jahr erstellen wir zudem ein Lagebild Antisemitismus, das die aktuelle Situation beschreibt. Die ist, wie gesagt, leider sehr ernüchternd. Aber es gibt auch Lichtblicke: Im nächsten Jahr bringen wir deshalb eine Publikation mit Best-Practice-Beispielen heraus. Denn so schlimm die Lage auch ist, uns ist wichtig zu zeigen: Wir können etwas tun.

Journalismus unter Begleitschutz

Im September 2020 wurde der Journalist Julian Rzepa bei einer „Querdenken"-Demonstration in Freiburg angegriffen. Er erstattete Anzeige gegen die Haupttäterin, doch das Verfahren wurde aufgrund von „mangelndem öffentlichen Interesse" eingestellt. Der Opferfonds CURA unterstützte den Journalisten finanziell und sprach mit ihm über den Angriff, der kein Einzelfall ist.

CURA: Wie erleben Sie Ihre journalistische Arbeit im Kontext von „Querdenken"?

Julian Rzepa: Vor allem als sehr anstrengend. Da ich durch meine kritischen Berichte über die verschwörungsideologische Szene in Baden-Württemberg bekannt geworden bin, werde ich eigentlich ständig als Feind markiert. Mein Name, den eine lokale Querdenkerin mithilfe einer Anzeige gegen mich herausgefunden hat, wird öffentlich genannt. Diese und ähnliche Einschüchterungsversuche sind eigentlich immer dabei. Mittlerweile gehe ich nicht mehr allein zu den „Querdenken"-Demos, sondern meistens mit Kolleg*innen oder Begleitschutz.

Wie schätzen Sie die Bedrohungslage für Journalist*innen generell ein?

Ich schätze sie als hoch ein. Ohne das Gewalt- und Bedrohungspotential von klassischen Neonazis schmälern zu wollen, denke ich, diese Gewalt ist in gewisser Weise einschätzbarer. Ich kann mich noch an die ersten Demonstrationen Ende April 2020 erinnern, wo ich sehr erschrocken darüber war, einem solchen Hass in den Augen zu sehen, bei Menschen, die sonst im Bioladen einkaufen, Yoga machen und auf Goa-Partys gehen.

Könnten Sie den Angriff auf der Querdenken-Demo 2020 in Freiburg schildern?

Auf einem zentralen Platz hatten sich damals mehrere Hundert Demonstrant*innen zu einer verschwörungsideologischen Kundgebung versammelt. Schnell bemerkten mich mehrere Teilnehmende und fingen sofort an, meine Arbeit zu stören. Der bekannte gewaltbereite Rechtsextremist Robert H. war auch darunter. Die Bedrohungen reichten von ganz nah vor mich stellen bis hin zu Bedrängungen. Ich ging den Aggressoren aus dem Weg und versuchte, andere Perspektiven einzunehmen. Auf einer leicht erhöhten Empore wurde ich dann durch etwa vier Querdenker an den Rand gedrängt. Claudia P. bemerkte den Trubel und schlug mir unvermittelt gegen das Kamera-Objektiv. Die Gegenlichtblende fiel ab, und etwas später merkte ich, dass durch den Schlag ein schwerer Verbindungsfehler zwischen Objektiv und Kamera entstanden war. Die Polizei nahm erst nach nachdrücklicher Aufforderung die Anzeige auf. Sie zeigte nicht wirklich großes Interesse daran, die Presse zu schützen.

Wie verlief die juristische Aufarbeitung, und wie haben Sie das Gerichtsverfahren erlebt?

Ich wurde im Verfahren als Zeuge geladen. Im Vorfeld habe ich mich durch eine Anwältin und die LEUCHTLINIE (Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Baden-Württemberg, Anm. d. Red.) beraten lassen und mich psychisch auf den Gerichtstermin vorbereitet.

Claudia P. ließ sich vor Gericht durch den wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilten Ex-AfD-Politiker und Neonazi-Anwalt Dubravko Mandic vertreten. Sie gab zu, Teil der „Querdenken"-Bewegung zu sein. Der Richter bezweifelte zwar nicht, dass ich Journalist bin und in einem Arbeitsauftrag unterwegs war, hielt den Schlag gegen meine Kamera aber eher für eine Lappalie. Ich hatte das Gefühl, dass der Richter hier von einem Streit zwischen zwei Parteien ausging, bei dem etwas zu Bruch gegangen ist, nicht jedoch davon, dass meine Kamera beschädigt wurde, damit ich meine Arbeit einstellen muss. Auch die politische Dimension der Tat wurde nicht berücksichtigt.

Welche Auswirkungen hatte der Ausgang des Verfahrens für Sie?

Dass eine Querdenkerin Equipment eines Pressevertreters kaputtschlagen kann und damit quasi schuldfrei wegkommt, war für mich wie ein Schlag ins Gesicht. Weder Polizei noch Justiz sind scheinbar bereit, die freie Berichterstattung zu schützen. Ich habe daraus die Konsequenz gezogen, an meinem Selbstschutz zu arbeiten.

Inwiefern hat Ihnen der Opferfonds CURA geholfen? Gab es auch andere, zum Beispiel staatliche Unterstützungsstrukturen?

Mir hat CURA in erster Linie dabei geholfen, dass ich nicht auf den Kosten sitzenbleiben musste, die durch den Schaden und die Anwaltskosten entstanden sind. Die LEUCHTLINIE betreute mich direkt in Vorbereitung auf den Gerichtsprozess, und Mitarbeiter*innen waren auch als Beobachter*innen anwesend. Durch beide Organisationen habe ich mich nicht alleine gefühlt. Es war und ist gut zu wissen, dass es Menschen gibt, die rechte Gewalt ernst nehmen.

Das Interview führte Luisa Gerdsmeyer.

Mit dem CURA-Spendenfonds leistet die Amadeu Antonio Stiftung unbürokratische finanzielle Soforthilfe für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. CURA übernimmt beispielsweise Umzugskosten bei anhaltenden Angriffen aus dem Wohnumfeld, finanziert Sicherheitsvorkehrungen in akuten Bedrohungslagen oder erstattet dringend benötigte zerstörte Gegenstände. 2022 wurden bisher in 70 Fällen Betroffene mit einem Gesamtbetrag von 45.286,21 Euro unterstützt. Sie möchten CURA mit einer Spende unterstützen? Auf Seite 4 finden Sie alle Infos.

Trotz im Gesicht: Zittau gibt nicht klein bei

von Lea Fauth

Im Krisenherbst erstarken auch im sächsischen Zittau demokratiefeindliche Proteste. Sie treffen hier auf einen fruchtbaren Nährboden aus gewachsenen rechtsextremen Strukturen. Aber auch auf Widerstand.

Lange steht nur ein kleiner Haufen von etwa 30 Menschen verloren auf dem Platz herum. Dann aber kommen sie in Scharen: Hunderte strömen auf den Zittauer Marktplatz, zum Endpunkt ihres „Spaziergangs“. Es ist Montagabend im Oktober – seit einigen Wochen hat die rechte Demo wieder vermehrten Zulauf.

Stadtbekanntes Gesicht gegen Rechts: Dorothea Schneider vor dem Café Solidarité, dem Treffpunkt des Vereins „Augen auf“.

Oberbürgermeister Thomas Zenker engagiert sich für Geflüchtete und gegen Rechts – dafür wird er immer wieder angefeindet. © picture alliancedpa dpa-Zentralbild, Miriam Schönbach

Die Abenddämmerung wirft ein goldrötliches Licht auf die alten Häuser des idyllischen Städtchens im äußersten Osten von Sachsen. Drei große Flaggen ragen aus der Menge. Die für Reichsbürger typische Wirmer-Fahne, auch als „Pegida-Flagge“ bekannt, außerdem eine Fahne der rechtsextremen Gruppierung „Freie Sachsen“. Auch eine weiße Friedenstaube auf blauem Untergrund weht im lauen Wind.
Viele Männer um die 50 sind da, aber nicht nur. Vereinzelte Eltern schieben Kinderwägen über das Kopfsteinpflaster, einige junge Leute sind zu sehen. Als sich die etwa 700 Menschen vor der kleinen Bühne eingefunden haben, stimmt die Menge zum Gesang an – ein Lied, mit dem die vermeintlich fehlende Meinungsfreiheit beklagt wird: „Die Gedanken sind frei“.
„Wer kann sie erraten?“, lautet der zweite Vers des Lieds. Dorothea Schneider runzelt über diese Frage verbittert die Stirn. Gern würde sie verstehen, was in den Köpfen hier vorgeht. Sie singt nicht, steht ein wenig abseits und wirkt, obwohl sehr gewöhnlich gekleidet, wie ein Fremdkörper unter all den Leuten. Nicht eingeschüchtert allerdings, sondern stolz und trotzig.

„Neulich wurden mir die Reifen zerstochen“

Dabei gäbe es guten Grund zur Nervosität. Schneiders Gesicht ist stadtbekannt. Als eine, die sich gegen Rechts engagiert, ist sie ungern hier gesehen. Am Rande des Platzes parkt ein einzelner Polizeiwagen, die Beamten sind nicht einmal ausgestiegen. Sollte jemand die unerwünschte Beobachterin angreifen, gäbe es keinen Schutz. Dorothea Schneider hat sich daran gewöhnt, auch an offene Drohungen und Briefe. „Neulich wurden mir die Reifen zerstochen“, erzählt sie. Ob ihr nicht mulmig wäre, hier so zu stehen? „Nein. Ich muss mich eher zusammenreißen, dass ich keine Sprüche loslasse.“
Die 37-Jährige ist seit gut 20 Jahren im Verein „Augen auf“ aktiv. Als sie mit 16 Jahren aus ihrer Geburtsstadt Dresden für eine Ausbildung zur Ergotherapeutin nach Zittau zog, habe sie regelmäßig „von Nazis auf die Fresse bekommen“. Die Cordhose, die bunten Sachen, die Sticker auf dem Rucksack – das genügte, um von Rechten auffällig gefunden zu werden. „Wenn ich abends wegging, musste ich mich mit Freundinnen absprechen, wie wir wann wo lang gehen.“
2002, „als pubertierender Teenie“, findet Schneider zum Verein. Der ist damals noch eine Bürgerinitiative. Sie hilft bei der Organisation einer Anne-Frank-Ausstellung. „Von da an sind die mich nicht mehr losgeworden. Oder ich bin sie nicht losgeworden, wie man‘s nimmt“, lacht sie.
„Augen auf e.V.“ organisiert Veranstaltungen und macht Bildungsarbeit in Schulen und anderen Einrichtungen, um Demokratie und Toleranz zu fördern. Antirassistische Fußballturniere, bei denen Tschechen, Polen und die sorbische Minderheit aus der Region mit den Deutschen zusammenkommen. Workshops zu rechten Codes und rassistischen Vorurteilen etwa auf Jugendcamps. Im Dezember 2022 wird es ein öffentlich veranstaltetes Abendessen mit Vortrag geben, das sich thematisch um Sinti*zze und Rom*nja dreht. Das gemeinsame Kochen und Essen soll den Austausch fördern.
Wenige Stunden vor Beginn der Montagsdemo sitzt Dorothea Schneider auf dem Zittauer Marktplatz, schöpft mit dem Löffel die Sahne aus ihrer heißen Schokolade und erzählt von diesem und anderen Projekten. Vom „arabischen Kaffeezelt“ zum Beispiel, für das der Verein die Infrastruktur stellt und das bei Veranstaltungen aufgebaut werden kann. Syrer*innen kochen arabischen Kaffee, den es gratis gibt, und sind dort in der Rolle der „Gastgeber*innen“. So kommen sie ins Gespräch mit Anwohner*innen. „Manche Menschen mit Vorurteilen sehen dann, dass sie eigentlich gut mit den Leuten aus Syrien klarkommen“, erzählt Dorothea Schneider.

Zwischen Leerstand und rechtsextremem Jugendverein

Für all das braucht es langen Atem. Und Geld. Schneider und sechs andere Kolleg*innen arbeiten bei „Augen auf“ hauptamtlich; daneben gibt es etwa 50 ehrenamtliche Mitglieder im Verein. Doch um die Stellen zu finanzieren, muss „Augen auf“ jedes Jahr ein wenig zittern. Schneider seufzt: Gerade reicht sie die Anträge ein und hofft, dass alles weitergehen kann. Über einen Zeitraum von zwei Jahren unterstützte auch die Amadeu Antonio Stiftung den Verein. Aktuell bemüht sich Schneider um öffentliche Fördergelder. Die unsichere Lage erschwere die Arbeit: Es brauche langfristige Projekte, um nachhaltig Demokratie und Offenheit zu fördern. Meistens habe man aber nur ein Jahr Planungssicherheit.
Zittau liegt unmittelbar an der Grenze zu Polen und Tschechien. Dass die sächsische Stadt im Mittelalter durch Tuchhandel reich wurde, sieht man an der ziervollen Architektur. Doch heute gibt es in der Altstadt beachtlich viel Leerstand. Nahe beim Zentrum steht ein großer Altbau, in dem der rechtsextreme Jugendverein „Nationaler Jugendblock“ seine Räume hat. Gerade finden Bauarbeiten an dem Gebäude statt. Es gibt die neonazistische „Aktionsgruppe Zittau“ und die offen rechtsextreme Gruppierung „Zittau mit Zukunft“. Auf den entsprechenden Telegram-Kanälen mischen sich homofeindliche und rassistische Aufrufe mit Verschwörungsideologien und Prepper-Tipps.
Früher habe man Neonazis an ihren glatt geschorenen Köpfen, Bomberjacken und Springerstiefeln erkannt, sagt Schneider. Heute kämen die Sprüche und Angriffe teilweise völlig unerwartet, von „normal“ aussehenden Menschen. „Der da zum Beispiel, mit dem Bart“, sagt sie vom Café-Tisch aufschauend, mit dem Kinn auf einen Mann deutend. „Der sieht ganz unscheinbar aus, aber der ist bei der Identitären Bewegung.“ Ein paar Meter weiter betritt ein bärtiger Mann einen Bäckerladen.
Und doch gibt es auch ein anderes Gesicht von Zittau. Der Oberbürgermeister Thomas Zenker von der Wählergemeinschaft „Zittau kann mehr e.V.“ ist ebenfalls bekannt für sein Engagement gegen Rechts. 2015 hatte er dafür gesorgt, dass Geflüchtete dezentral statt in Heimen untergebracht werden, in freistehenden Zimmern und Wohnungen. „So mussten die Menschen sich mit ihren Nachbarn auseinandersetzen. Weil es eben auch nur eine Familie war und nicht 50 auf einmal. Das hat schon geholfen“, erinnert er sich an diese Zeit zurück. Dass Zenker 2022 wiedergewählt wurde, zeigt: Seine Politik kommt bei der Mehrheit der Bevölkerung offenbar an.

Von außen unscheinbar: In diesem Gebäude sitzt der rechtsextreme Verein „Nationaler Jugendblock“.

Zittau ist geprägt von Kontrasten: Neben dem idyllischen Altstadtkern gibt es immer wieder auch Leerstand und Tristesse.

Coronaleugner laufen im Dunkeln

Anfang November erhielt die Stadt den Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2022, verliehen von der Amadeu Antonio Stiftung in Kooperation mit vier weiteren Stiftungen. Denn die Stadt bemühte sich zu Beginn der Corona-Proteste zunächst um Austausch und unterstützte Dialogveranstaltungen. Ärzt*innen und Fachkräfte klärten über Falschinformationen und Verschwörungsmythen auf. „Ich bin ganz stolz drauf, dass es gelungen ist. Dass es auch in Zittau Menschen gibt, die so was machen“, sagt Zenker gegenüber ERMUTIGEN. Und tut das seinige. Als „Spaziergänge“ unter zunehmend rechten Parolen und Symbolen stattfanden, schaltete die Stadt im vergangenen Winter die Weihnachtsbeleuchtung aus, sodass die Spazierenden im Dunkeln laufen mussten. Mittlerweile hätten sich die Fronten allerdings „so verhärtet“, dass viele nicht mehr erreichbar seien, sagt Zenker.
Mitte Oktober demonstrieren Handwerker*innen und Lastwagenfahrer*innen aus der Region mit einem Autokorso gegen Inflation und hohe Energiepreise. Der Oberbürgermeister begrüßt in einer öffentlichen Mitteilung, dass die Teilnehmer*innen sich nicht „mit Verfassungsfeinden“ gemein gemacht hätten.
Auf dem Marktplatz in Zittau besteht an diesem Montagabend kein Zweifel darüber, auf wen diese Aussage abzielte. „Der Oberbürgermeister erklärt uns öffentlich zu Verfassungsfeinden!“, ruft ein Redner wütend ins Mikro. Die Menge antwortet mit Buh-Rufen. Dass auf dem Autokorso keine rechten Parolen geduldet wurden, bedeutet für ihn, dass „keine politische Meinungsäußerung“ möglich gewesen sei. „Ist der Oberbürgermeister noch bei Verstand?“, fragt der Redner. „Nein!“, antwortet im Chor die Menge. Trillerpfeifen ertönen, Sprechchöre werden laut, bis schließlich der ganze Platz ruft: „Zenker muss weg!“
Warum sie hier sind? Ein Paar mit Kinderwagen wirkt unschlüssig. „Wegen Impfzwang“, sagt die Frau. Wenn es doch aber schon längst keine Pflicht mehr gibt, den Impfausweis vorzuzeigen? „Die könnte aber bald wieder kommen“, entgegnet eine der Töchter im Teenageralter. Ihre Forderungen? Die Bundesregierung solle abtreten, die Sanktionen gegen Russland zurückgenommen werden.
Dorothea Schneider beobachtet frustriert das Geschehen. Während der Pandemie hatte es noch Gegenprotest gegeben. Mit einer „Karawane der Vernunft“ demonstrierte das Bündnis „Zittau gemeinsam“, auch der Verein „Augen auf“ nahm teil. In einem YouTube-Video halten Dorothea Schneider und ihre Mitstreiter*innen den Corona-Protesten satirisch den Spiegel vor. Mit einem weißen, unbeschrifteten Banner laufen sie durch Zittau und rufen: „Ich, ich, ich, ich!“
Inzwischen sind die Gegenproteste abgeebbt. „Das frisst einfach Ressourcen. Und als Geflüchtete aus der Ukraine hier ankamen, wollten die Leute sich lieber dort einbringen, anstatt hier ihre Zeit zu verschwenden“, erzählt Schneider. Sie versteht das, einerseits. Andererseits müsse es laute Stimmen gegen das rechte Gedankengut geben, findet sie.

„Es gibt immer welche, die zuhören“

Dicht an ihr geht eine Demoteilnehmerin vorbei. Die Blicke der beiden Frauen streifen sich kalt, keine der beiden grüßt. Eine Verwandte ihres Partners, erklärt Schneider, während die Frau sich entfernt. In der Pandemie habe die sich den Rechten angeschlossen. Das habe viele Familien und Freundschaften zerrissen. „Es war eine Herausforderung für viele von uns.“
Die Redner*innen vorn wollen in Migrationsfragen „von Ungarn lernen“, reißen behindertenfeindliche Witze über Klimaaktivistin Greta Thunberg. Als einer den Rücktritt von Außenministerin Annalena Baerbock fordert, bricht euphorischer Jubel aus. Es wird beklagt, dass Geld für die Bundeswehr und für Waffenlieferungen da sei, nicht aber für Sozialausgaben.
Dorothea Schneider findet manche der Anliegen – wie letzteres – verständlich. „Aber die Schlussfolgerungen!“, ärgert sie sich. Dass linke Organisationen es nicht schaffen, für soziale Themen zu mobilisieren, frustriert sie. „Ich glaube, die Menschen wollen einfache Lösungen, bei denen sie nichts von ihren Privilegien abgeben müssen. Auch wenn das dann keine echten Lösungen sind.“
Angesichts von Inflation und Energiekrise sei es jetzt aber umso wichtiger, dem Rechtextremismus etwas entgegenzusetzen. Radikalisierte Menschen wären kaum noch zu gewinnen. „Aber es gibt immer welche, die noch nicht radikalisiert sind und zuhören.“ Als Dorothea Schneider sich von der Demonstration entfernt, hat sie ungeachtet der bedrückenden Lage wieder etwas von diesem Trotz im Gesicht. Gegenprotest brauche es weiterhin, sagt sie. „Irgendjemanden wird man damit immer erreichen.“

Ruhe vor dem Sturm: Bei den Montagsdemos prägen hier rechtsextreme Flaggen das Bild.

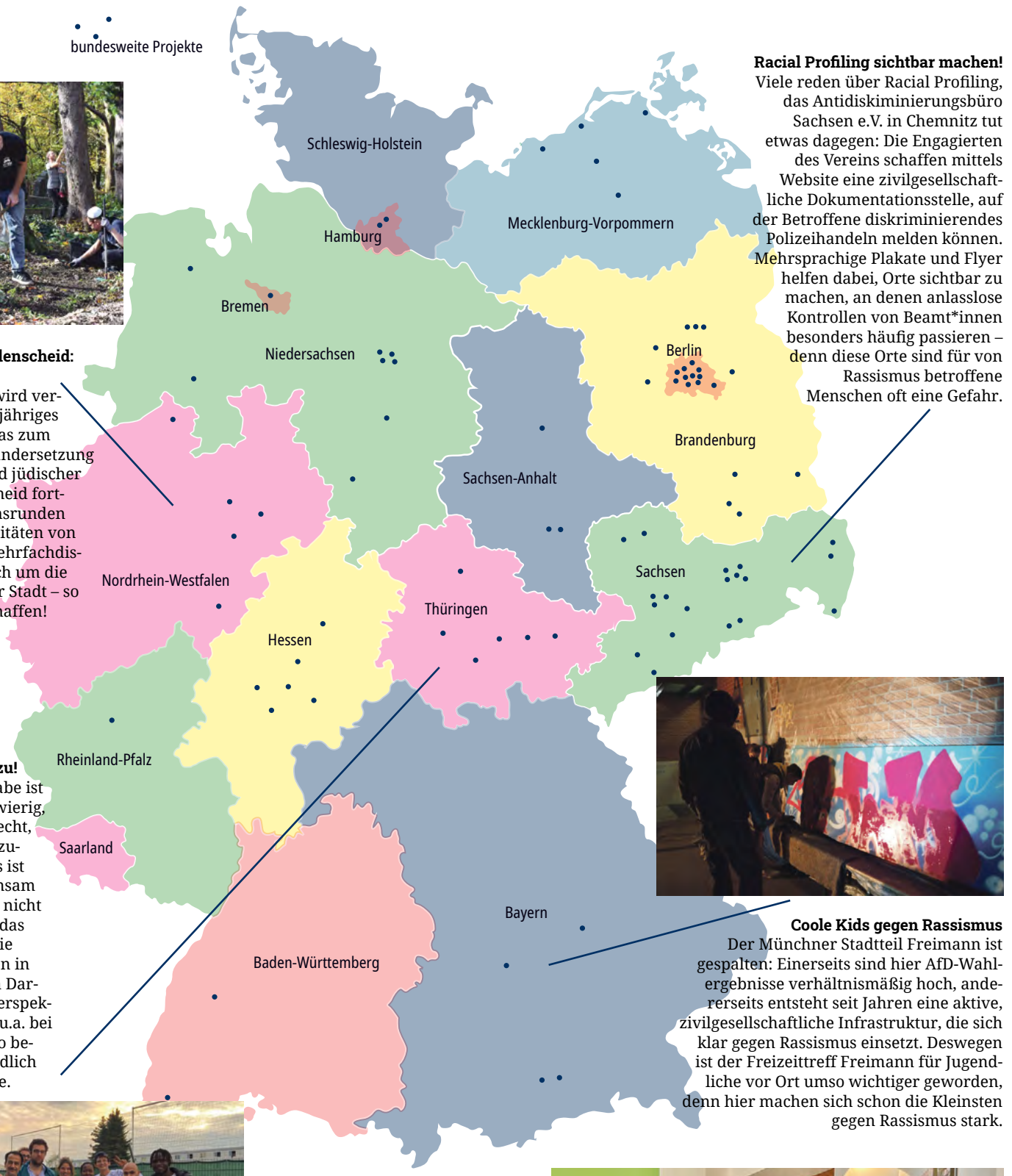
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Lea Fauth

HIER WIRKT IHRE SPENDE

Projekte, die etwas bewirken

Bundesweit gibt es Menschen und Initiativen, die sich für unsere Demokratie, gegen Hetze und menschenfeindliche Ideologien engagieren. Dank unseren Spender*innen konnte die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Jahr mehr als 90 Projekte fördern sowie 70 von rechter Gewalt Betroffenen und Bedrohten mit dem Opferfonds CURA und dem SHEROES Fund helfen. Einige der geförderten Projekte stellen wir hier stellvertretend vor.

Jüdisches Leben in Lüdenscheid: damals und heute
Der Verein „Niemand wird vergessen e.V." feiert zehnjähriges Bestehen und nimmt das zum Anlass, um die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und jüdischer Geschichte in Lüdenscheid fortzusetzen: In Diskussionsrunden geht es um die Kontinuitäten von Antisemitismus und Mehrfachdiskriminierung, aber auch um die jüdische Geschichte der Stadt – so wird Sichtbarkeit geschaffen!



Racial Profiling sichtbar machen!
Viele reden über Racial Profiling, das Antidiskiminierungsbüro Sachsen e.V. in Chemnitz tut etwas dagegen: Die Engagierten des Vereins schaffen mittels Website eine zivilgesellschaftliche Dokumentationsstelle, auf der Betroffene diskriminierendes Polizeihandeln melden können. Mehrsprachige Plakate und Flyer helfen dabei, Orte sichtbar zu machen, an denen anlasslose Kontrollen von Beamt*innen besonders häufig passieren – denn diese Orte sind für von Rassismus betroffene Menschen oft eine Gefahr.

Hört den Geflüchteten zu!
Gesellschaftliche Teilhabe ist für Geflüchtete oft schwierig, die Versorgung ist schlecht, die Unterkünfte kaum zumutbar, und Rassismus ist allgegenwärtig. Gemeinsam wollen geflüchtete und nicht geflüchtete Engagierte das ändern: Sie sammeln die Erfahrungen, erarbeiten in Workshops gemeinsam Darstellungsformen und Perspektiven und zeigen diese u.a. bei Street-Performances. So bekommen Betroffene endlich ein Ohr und eine Bühne.

Coole Kids gegen Rassismus
Der Münchner Stadtteil Freimann ist gespalten: Einerseits sind hier AfD-Wahlergebnisse verhältnismäßig hoch, andererseits entsteht seit Jahren eine aktive, zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die sich klar gegen Rassismus einsetzt. Deswegen ist der Freizeittreff Freimann für Jugendliche vor Ort umso wichtiger geworden, denn hier machen sich schon die Kleinsten gegen Rassismus stark.

HIER WIRKT IHRE SPENDE

Außerdem fördern wir: Mut gegen Rechts c/o Scala gGmbH | Landesverband der Sinti und Roma RomnoKher Thüringen | Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V. Zwickau | BI Ferhat Unvar | Niemand wird vergessen e.V. Lüdenscheid | Kreativ für Menschenrechte e.V. Neustadt | Uelzen bleibt bunt e.V. | Pro Familia Hessen | Aktion Zivilcourage e.V. Pirna | Refugee Law Clinics Deutschland | ZeitzeugenBörse e.V. Berlin | Tutmonde e.V. | Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg | Hashomer Hatzair e.V. | Women in Exile e.V. | Alternative Jugendprojekt 1260 e.V. | R.A.D.I.O. e.V. Nürnberg | Netzwerk für Demokratie und Kultur e.V. Wurzen | RIAS Berlin und viele mehr.

„Mein Bruder lebt, ich lebe, wir werden nicht weggehen"

von Charlotte Sauerland

İsmet Tekin hat den antisemitischen, rassistischen Anschlag von Halle im Oktober 2019 überlebt. Seitdem setzen er, sein Bruder und Unterstützer*innen sich unermüdlich gegen das Vergessen ein. Leicht wird ihnen das nicht gemacht.

„Sie haben nicht gewonnen", sagte İsmet Tekin beim Prozess 2020 dem rechtsextremen Attentäter von Halle ins Gesicht. „Sie haben auf ganzer Linie versagt. Mein Bruder lebt, ich lebe, wir werden nicht weggehen, wir werden unseren Laden nicht aufgeben. Und wir werden Kevin und Jana nicht vergessen."
Am 9. Oktober 2019 ist İsmet Tekin gerade einkaufen, als sein Bruder Rıfat ihn anruft und ihm das sagt, was alles verändert: Im Kiez-Döner fallen Schüsse. Zu diesem Zeitpunkt arbeitet Rıfat Tekin gerade hinter der Ladentheke des Döner-Imbiss. Dort muss er miterleben, wie der Attentäter den Gast Kevin Schwarze erschießt. Er selbst überlebt, weil er sich hinter der Theke versteckt. Sein Bruder İsmet eilt zum Kiez-Döner und überlebt nur knapp einen Schusswechsel zwischen der Polizei und dem rechtsextremen Attentäter. Dieser hatte zuvor versucht, Jüdinnen und Juden in der Synagoge von Halle zu ermorden, und erschoss die Passantin Jana Lange.
Trotz der traumatischen Erlebnisse entscheiden die beiden Brüder nur einen Monat nach dem Anschlag, den Imbiss vom vorherigen Betreiber zu übernehmen. Wirtschaftlich sei das nicht leicht gewesen, erzählt İsmet Tekin. Die Kundschaft blieb aus, vermutlich weil viele sich scheuten, an den Anschlagsort zurückzukehren. Doch die Tekins wollen den Ort neu besetzen: Mit viel Einsatz sammeln sie mit Unterstützer*innen Spenden und verwandeln den Kiez-Döner in das „TEKIEZ" – ein türkisches Frühstückscafé, das gleichzeitig Gedenk- und Austauschort sein soll. Im November 2021 eröffnet, wird das TEKIEZ schnell zu einem einzigartigen Ort, mit Gedenkaktionen und Bildungsveranstaltungen in Erinnerung an die Opfer der Anschläge von Halle, Hanau und des NSU. Doch schon nach einem halben Jahr müssen İsmet und Rıfat Tekin das Café wieder schließen. Die Einnahmen durch den Cafébetrieb reichen nicht aus. Aber auch nachdem das Gewerbe abgemeldet und das Café geschlossen ist, machen die Tekins weiter – jetzt auf ehrenamtlicher Basis.

„Die Politik hatte gesagt: Wir sind bei euch. Ich bin enttäuscht von A bis Z."

Von diesen aktiven, selbstgestalteten Gedenkorten gibt es in Deutschland nicht viele. Und dennoch gibt es kaum finanzielle Unterstützung durch die Politik. İsmet Tekin ist enttäuscht: „Die Politik hatte gesagt: Wir sind bei euch, egal was kommt. Ich bin enttäuscht von A bis Z." Besonders schmerzhaft für den 38-Jährigen: Immer wieder musste er die Erfahrung machen, nicht als Überlebender des Anschlags anerkannt, nicht ernst genommen zu werden, obwohl er sich in unmittelbarer Lebensgefahr befunden hatte.
Die finanzielle Situation von İsmet Tekin ist nicht gut. Auch seine Familie sieht er viel zu selten. Aber Aufhören ist keine Option: „Ich habe die Schmerzen und die Enttäuschung und die Narben. Ich will nicht, dass das auch anderen Leuten passiert", sagt er ruhig. Geholfen haben den Brüdern bisher vor allem die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, die Solidarität weiterer lokaler Initiativen und die bundesweite Vernetzung mit anderen Überlebenden rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Was İsmet Tekin dem Attentäter 2020 ins Gesicht sagte, gilt auch heute noch: Er und sein Bruder leben, sie werden nicht weggehen, und sie werden den Laden nicht aufgeben. Beispielsweise durch die Übernahme von Mietkosten unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung den Ort finanziell, der für politische Bildung, Vernetzung und Austausch zur Verfügung steht.

Impressum
Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin, www.amadeu-antonio-stiftung.de, November 2022
Redaktion: Viola Schmidt, Lorenz Blumenthaler, Noemi Trompeter und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.) Gestaltung: Design

**Sie möchten die ERMUTIGEN auch oder nur per Email erhalten?
Schreiben Sie uns: versand@amadeu-antonio-stiftung.de**

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

■ Ich spende per Lastschrift _____ €

■ monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich ■ einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN _____ Name, Vorname _____

BIC _____ Straße, Nr. _____

Name der Bank _____ PLZ, Ort _____

Datum _____ Telefon _____

Unterschrift _____ E-Mail _____

■ Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten.
Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Solidarität muss praktisch werden!

**Ob Corona, Krieg oder rechtsextreme Umsturzfantasien:
Wir kämpfen gegen den Hass und für eine starke Zivilgesellschaft.**

**Spendenkonto:
Amadeu Antonio Stiftung
IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS / GLS Bank**